

## EDA involviert in Freilassung

**Abu Dhabi** Das Schweizer Auswärtiges Departement EDA hat sich dafür eingesetzt, dass die Vereinigten Arabischen Emirate zwei Schweizer Journalisten aus der Haft entlassen haben. Das bestätigt Kommunikationschef Jean-Marc Crevoisier. Die beiden Männer, der TV-Journalist Serge Enderlin und sein Kameramann Jon Bjorgvinsson, waren am Donnerstag verhaftet worden, als sie für die Sendung «Mise en Point» des Westschweizer Fernsehens RTS eine Reportage drehten. Das teilte RTS am Sonntag mit. Nach 50 Stunden wurden sie freigelassen, am Sonntagmorgen kehrten sie in die Schweiz zurück.

Crevoisier bestätigt, dass das EDA über die Verhaftung informiert wurde, ohne dabei näher ins Detail zu gehen. Den Grund für die Festnahme will er aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht nennen. Das Auswärtiges Departement ist offensichtlich darum bemüht, den Ball flach zu halten. Crevoisier beantwortet etwa die Frage, ob die Schweiz den Botschafter der Emirate einbestellt oder eine Protestnote überreicht habe, nicht. Stattdessen sagt er: «Die Schweiz misst der Pressefreiheit grosse Bedeutung bei.» Denkbar also, dass die Schweiz interveniert hat, die Emirate aber nicht öffentlich an den Pranger stellen will. (dlw)

## Verleger sind gegen «No Billag»

**Medien** Der Westschweizer Verlegerverband Médias Suisses sichert der SRG im Kampf gegen die No-Billag-Initiative seine Unterstützung zu – jedoch mit Vorbehalten. Die privaten Medien in der Romandie fordern den Verzicht zielgerichteter Werbung und den Austritt aus der Werbeallianz Admeira. Der Verband Schweizer Medien (VSM), das Deutschschweizer Pendant von Médias Suisses, verweist auf Anfrage auf sein mediapolitisches Manifest. Gemäss diesem unterstützt der VSM die Gebührensfinanzierung der SRG. Diese soll sich aber auf Radio und Fernsehen mit nationaler Klammerfunktion konzentrieren und nicht die Privaten konkurrenzieren. Laut dem Manifest sollte die SRG längerfristig ganz ohne Werbung und Sponsoring auskommen und die Kommerzialisierung ihres Angebots reduzieren. (sda)

## Bilaterale verlieren Rückhalt

**Europapolitik** Die Zustimmung für die Bilateralen Verträge schwindet gemäss einer Umfrage. Nur noch 60 Prozent würden demnach der Fortsetzung der Bilateralen Verträge zustimmen. Vor Jahresfrist waren es noch 81 Prozent gewesen. Die Bilateralen Verträge kündigen würden 28 Prozent, im Vorjahr waren es noch 19 Prozent gewesen, wie aus der von der SRF-Tagesschau veröffentlichten Umfrage von gfs.bern hervorgeht. Ein EU-Beitritt würde demgegenüber von 21 Prozent der Befragten befürwortet. Vor Jahresfrist waren es noch lediglich zehn Prozent gewesen. Eine knappe Mehrheit würde ein Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) finden. (sda)

# SVP will Ostmilliarde abklemmen

**Europapolitik** Der Bundesrat wird morgen über eine Neuauflage der Ostmilliarde diskutieren. Die Zahlung ist jedoch heftig umstritten, SVP und FDP stellen Bedingungen.

Fabian Fellmann

Bern erwartet in der nächsten Woche hohen Besuch aus Brüssel: Jean-Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission, macht Bundespräsidentin Doris Leuthard am Donnerstag seine Aufmerksamkeit. Es ist ein Zeichen dafür, dass das bilaterale Verhältnis sich entkrampft, nachdem es durch die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative belastet worden war.

Bereits morgen könnte der Bundesrat ein Zeichen des guten Willens geben. Er wird über eine Neuauflage der sogenannten Ost- oder Kohäsionsmilliarde diskutieren, des Beitrags der Schweiz zur Verringerung der Wohlstandsunterschiede in der EU. Das plauderte Andrus Ansip, Kommissionsvizepräsident, in der vergangenen Woche in einem Interview mit SRF aus. Im Gespräch ist ein Betrag von 1,3 Milliarden Franken, den die Schweiz, über zehn Jahre verteilt, in Projekte in Osteuropa investieren würde. Bei der Erstauflage 2004 verpflichtete sich die Schweiz zu Zahlungen von einer Milliarde Franken innert zehn Jahren.

### Vorwurf der Erpressung

Nun ertönt aus der SVP der Ruf nach Bedingungen. Der Bundesrat soll die Ostmilliarde nur sprechen, wenn die EU im Gegenzug öffentlich ihren Verzicht auf ein neues Rahmenabkommen bekanntgibt. Dies fordert der Zuger Nationalrat Thomas Aeschi. Er beantragt, dass die finanzpolitische Kommission des Nationalrats subito eine entsprechende Motion verabschiedet.

Ein Tauwetter in den bilateralen Beziehungen sieht Aeschi nicht. Vielmehr habe die EU monatlich die Aktualisierung des Vertrags über die technischen Handelshemmnisse verweigert, der für die Wirtschaft wichtig sei. Auch bremse die EU-Kommission bei der Anerkennung der Schweizer Finanzmarktregulierung. Nun verknüpfe sie diese



Die Domino Student School in Bulgarien profitierte von Unterstützung aus der Schweizer Kohäsionsmilliarde.

Bild: PD

überdies mit Forderungen nach einer Neuauflage der Ostmilliarde, was Aeschi als unberechtigt kritisiert: «Die Schweiz darf sich nicht ein weiteres Mal von der EU erpressen lassen.»

Ob die Landesregierung in dieser Woche bereits eine Entscheidung fällen wird, ist jedoch nicht klar. Die «Sonntagszeitung» hatte berichtet, im Bundesrat gebe es eine Mehrheit für die Ostmilliarde, weil FDP-Magistrat Johann Schneider-Ammann seine Vorbehalte aufgegeben habe. Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller sagt indes: «Ich bin felsenfest überzeugt, dass eine Mehrheit im Bundesrat erst dann zustande kommt, wenn alle offenen Fragen mit der EU geklärt sind.» Müller verlangt etwa, dass der Bundesrat zuerst Transparenz schafft gegenüber den Parlamentariern, bevor er über die

Ostmilliarde entscheidet. «Wir wollen wissen, wo die bilateralen Gespräche stehen», sagt Müller. Konkret wartet etwa der Finanz-

## «Die Milliarde ist im ureigensten Interesse der Schweiz.»

Martin Naef  
Nationalrat (SP/ZH)

platz darauf, dass die EU-Kommission das Schweizer Recht als gleichwertig anerkennt, damit der Zugang zum europäischen Markt nicht eingeschränkt wird. Müller fordert zudem, die EU müsse der Schweiz ein Angebot für ein weitergehendes Finanzdienstleistungsabkommen unterbreiten. Erst dann werde die Schweiz die Kohäsionsmilliarde freigeben.

### CVP und SP fordern «positives Signal»

Die Zürcher CVP-Aussenpolitikerin Kathy Riklin hingegen findet, der Bundesrat hätte das Geld früher sprechen sollen, um die Chancen auf neue bilaterale Abkommen zu verbessern. «Wir widersprechen uns selbst, wenn wir Bedingungen daran knüpfen, weil wir stets darauf bestanden, dass die Kohäsionsgelder ein freiwilliger und selbstständiger Bei-

trag der Schweiz seien», sagt Riklin. Bedingungen seien nicht angebracht. «Wir haben schon 120 Verträge mit der EU und Zugang zu ihrem Binnenmarkt, den wir dringend benötigen», sagt Riklin.

Auch SP-Aussenpolitiker Martin Naef spricht von einem «positiven Signal, das schon lange hätte kommen müssen». Die Kohäsionsmilliarde fliesse nicht nach Brüssel, sondern in Schweizer Projekte in Osteuropa. «Die Milliarde ist im ureigensten Interesse der Schweiz», sagt der Zürcher Nationalrat. Aber er erwarte von der EU «auch mehr Wohlwollen, etwas mehr als einen Kuss» – zum Beispiel beim Rahmenabkommen, das die SVP bekämpft. Das Abkommen würde es laut Naef erlauben, die Bilateralen weiterzuentwickeln. «Sonst veralten sie und verlieren ihren Wert», sagt Naef.

# Ausgerechnet Käser kritisiert Zürcher Entscheid

**Kriminalität** Der oberste Polizeidirektor Hans-Jürg Käser hat kein Verständnis für den Zürcher Entscheid, die Nationalität von Verdächtigen nicht mehr zu nennen. Das erstaunt, denn sein Kanton verschweigt diese auch.

Seine Kritik kommt öffentlich, und sie ist nicht in Watte verpackt: Hans-Jürg Käser, Präsident der kantonalen Polizei- und Justizdirektoren, hält nichts vom Entscheid des Zürcher Stadtrats Richard Wolff, die Nationalität von Beschuldigten nicht mehr bekannt zu geben. Das machte Käser gestern in einem Interview mit der NZZ deutlich. Der Berner Polizeidirektor bezeichnete den Zürcher Entscheid als falsch. Und er sagte: «Man darf doch eine solche Information nicht unter den Tisch kehren, nur weil der daraus folgende Befund nicht ins Weltbild passt.»

Die Aussagen des Berners überraschen – denn in seinem eigenen Kanton ist es mit der geforderten Transparenz nicht weit her. Die Nationalität der mutmasslichen Täter wird in der Re-

gel nicht mitgeteilt; nur auf Nachfrage wird sie genannt. Das entspricht jener Regelung, die Wolff bei der Zürcher Stadtpolizei verordnet hat – und die Käser nun als falsch bezeichnet.

### «Ein Anliegen, das populistisch sein mag»

Kommt hinzu: Käser selbst hat die Praxis, die Nationalität nicht zu nennen, im Kantonsparlament wiederholt verteidigt, zuletzt vor etwas mehr als einem Jahr. Ein Tatverdächtiger könne auch unschuldig sein, gab er damals zu bedenken. «Deswegen ist es vielleicht gar nicht so schlecht, wenn die Polizei während der Phase, in der (...) noch nicht klar ist, dass jemand wirklich eine Tat begangen hat, Zurückhaltung übt», sagte er laut Wortprotokoll im Grossen Rat. Käser sprach von

einem Spannungsfeld: Auf der einen Seite werde stets Transparenz gefordert, auf der anderen Seite «hat man ein Anliegen, welches populistisch sein mag».

Hat Käser beim Thema eine Kehrtwende hingelegt? Offenbar nicht. Die Erklärung für die widersprüchliche Haltung ist dem System geschuldet: Im Grossen



Hans-Jürg Käser  
Polizeidirektor Bern Bild: KEY

Rat musste Käser jeweils die Position des Gesamtregierungsrats vertreten – obwohl er selbst die Nennung der Nationalität offenbar befürwortete. «Persönlich war ich schon immer dieser Meinung», sagte er gestern auf Anfrage. Tatsächlich fiel sein Votum im Kantonsparlament eher halbherzig aus: Wenn der Grosse Rat die Sache anders sehe als die Regierung, könne er der Motion zustimmen, sagte Käser.

### Entscheid nicht umgesetzt

Genau das hat das Kantonsparlament auch getan. Es entschied letztes Jahr, dass die Nationalität genannt werden soll. Nur: Umgesetzt wurde dies bislang nicht. Noch immer wird die Nationalität in der Regel nicht mitgeteilt. Käser begründet die Tatsache,

dass der Entscheid ohne Wirkung geblieben ist, mit der Gewaltenteilung: Die Informationshoheit bei Ermittlungen liege bei der Staatsanwaltschaft – also der Justiz. Dieser könne die Regierung in dieser Sache keine Vorgaben machen, sagte er der Zeitung «Bund» vergangene Woche.

Käser versuchte es daher als Bittsteller: Er gelangte im September mit einem Brief an die Staatsanwaltschaft «mit dem Anliegen, den grossrätlichen Beschluss umzusetzen». Bisher sei noch keine Antwort eingetroffen, erklärte Käser gestern. Das zeigt: Auch der oberste kantonale Justiz- und Polizeidirektor ist zuweilen machtlos. Immerhin darf er nun seine Meinung zur Nennung der Nationalität kundtun.

Maja Briner